

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzelle 15 Groschen, die einseitige Reflektierzelle 125 Groschen. Danzig 10 bz. 8) Dz. Bf. Deutschland 10 bz. 70 Goldgr., übriges Ausland 100., Aufschlag. — Bei Platzvorrath und schwerem Satz 50., Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Dferentengebühr 100 Groschen. — Für das Erklären der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr übernommen.

..... **Polstedenfonten:** Polen 202157 Danzig 2528, Stettin 1847.

55. Jahrg.

Von Dr. Alphonse Nobel.

Welche Minderheiten gibt es in Britisch-Indien?

der herrschende Hinduismus

Dies wäre die bedeutsamste Minderheit. Es ist

das islamitische Element.

Engländern;

die Mischlinge

Christen,

Die Parfen

dürften die Zahl von 100 000 nicht überschreiten, aber sie bedeuten außerordentlich viel, da sie, besonders in der Landschaft des Gutsherat (westlich von Ahmedabad) und in Bombay, die wirtschaftlich führenden Schichten darstellen.

Die Buddhisten

Die Siffo

• In dem erwähnten Abkommen handelt es sich vor allem um das gemeinsame Streben dieser Minderheiten, in dem künftigen Wahlrecht eine Form durchzusetzen, welche verhindert, daß die Minderheiten von der hinduistischen Mehrheit majorisirt werden. Deshalb haben sich die Minderheiten auf ein gemeinsames Projekt für das Wahlrecht geeinigt. Sie verlangen grundsätzlich eine bestimmte Anzahl von Mandaten für sich, und sie haben diese Mandate untereinander verteilt. Geht dieses Projekt durch (es genießt natürlich die kräftige Sympathie), so ist die hinduistische Herrschaft gebrochen, falls die oberen Kasten es nicht versuchen, mit den bisher verachteten und entrechteten Kasten zusammenzuarbeiten.

Der Besiegte von London ist Ghandi.

Falls es ihm nicht glückt, einen auch für die anderen befriedigenden Ausweg zu finden, hat Ghandi wohl endgültig seinen Ruhmestitel verspielt, den er lange innehatte, nämlich den, der Führer des ganzen nationalen Indiens zu sein.

Wurde ein nationalsozialistischer Staatsstreich in Hessen geplant?
Eine dunkle Angelegenheit.

Das infirmierte Dokument hat die Form einer Proklamation der künftigen nationalsozialistischen Regierung in Hessen, die im September in der geheimen Konferenz der Führer der nationalsozialistischen Bewegung ausgearbeitet worden war. In der Proklamation wird an die Bevölkerung Hessens der Appell gerichtet, sämtliche Befehle und Weisungen der nationalsozialistischen Sturmabteilungen (S. A.) strikte auszuführen. Nach dem siegreichen Staatsstreich drohe den Widerspenstigen die Todesstrafe. Die Bewohner sind verpflichtet, im Laufe von 24 Stunden den Sturmabteilungen sämtliche Schusswaffen auszuliefern. Wegen unerlaubten Waffentragens wurde die Todesstrafe ohne Gerichtsurtel vorgesehen. Der Todesstrafe unterliegen auch die Beamten und Arbeiter der Staats- und Kommunalbehörden, die sich nicht nach den Befehlen der siegreichen Revolutionsregierung richten. Die Deklaration zählt im Anschluß hieran die Thesen auf, auf die sich die erste Organisationsverordnung der nationalsozialistischen Behörden stützen soll. U. a. unterliegen die Lebensmittel im ganzen Lande ohne Entschädigung der Beschlagnahme durch die Sturmabteilungen. Der freie Verkauf von Lebensmitteln wird verboten. Wegen Übertretung dieser Bestimmungen droht die Beschlagnahme des Vermögens bzw. die Todesstrafe. Die Lebensmittelversorgung und Ernährung werden auf den Grundsätzen der Kollektive organisiert. Im ganzen Lande übernimmt die Regierung die Zwangsverwaltung über die öffentlichen Vermögen und die Einkünfte der Privatpersonen. Die Deklaration kündigt zum Schluß die Einführung von Standgerichten, die Bestrafung von Vergehen im beschleunigten Verfahren, sowie die Einführung der Zwangsarbeit an, der alle Bürger Hessens ohne Unterschied des Geschlechts mit Ausnahme der Juden unterliegen sollen, die außerhalb des Rechts gestellt werden.

Berlin, 26. November. (Eigene Drahtmeldung.) Sowohl die Reichsregierung als auch die Preussische Regierung haben bisher zu den Vorgängen bei der heftigen NSDAP keine Stellung genommen. Die Reichsregierung wartet ab, bis die Ermittlungen des Reichsanwaltes abgeschlossen sind. Die Preussische Regie-

Der „Völkische Beobachter“ bezeichnet
alles als Fälschung!

München, 26. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Völkische Beobachter“ schreibt heute u. a.: „An dem gleichen Tage, an dem die „Münchener Post“ mit einem Lügendokument den Staatsapparat gegen die NSDAP mobil zu machen versuchte, wurde in Dessen der Staatsanwalt ebenfalls mit einem gefälschten SA-Befehl gegen die Nationalsozialistische Partei geheßt. Es ist selbsterklärend, daß bei den Hausdurchsuchungen in Darmstadt nicht das geringste belastende Material von der Staatsanwaltschaft gefunden werden konnte, aus dem einfachen Grunde, weil es die NSDAP nicht notwendig hat, vor dem Staat irgend welche Dinge zu verbergen; denn die NSDAP von heute wird selbst der Staat von morgen sein. Die Dokumente, mit denen Polizei und Staatsanwalt in München und Darmstadt gegen uns hezen, sind erwiesenermaßen gemeine Fälscherprodukte.“

Englische Pressestimmen
zu dem angeblichen Komplott.

London, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der von dem Preussischen (1) Innenministerium vor der Presse, behandelte nationalsozialistische Plan zur Übernahme der Diktatur wird von den Berichtshalter der "Morningpost" als ein Dokument angeprochen, dem man kaum irgend welchen Glauben beimessen könne. Die amtliche preussische Stelle habe auch nicht behauptet, daß dieses Schriftstück die Zustimmung der nationalsozialistischen Parteileitung gefunden habe, und es sei ganz unwahrscheinlich, daß es in München gebilligt werde. Es sei ausnehmend nur das phantastische Erzeugnis einer Provinzgruppe von Parteiführern; denn Hitler selbst habe lechzt hin immer wieder Beweise seiner Mäßigung in politischen und wirtschaftlichen Fragen gegeben. Man muß auch daran erinnern, daß bei dem großen nationalsozialistischen Zusammenreffen in Braunschweig Hitler seine Anhänger dringend aufgefordert habe, angesichts des nahen Zieles nicht die Nerven zu verlieren.

Leinert wird nicht Präsident.

Der Preussische Landtag für Youngplan-Revision

Der Preussische Landtag sollte am gestrigen Mittwoch seinen neuen Präsidenten wählen. Die Wahl hat aber nicht stattgefunden. Vom Zentrum ging der Antrag aus, sie auf einen späteren Termin zu verschieben. Daß es sich dabei nicht um rein formale Gründe handelte, lag klar zutage. Bereits unmittelbar, nachdem die Kandidatur des Abgeordneten Leinert bekanntgegeben worden war, setzte eine starke Gegenaktion der Rechtsparteien ein, die eine Wahl des Abgeordneten Leinert als eine Provokation bezeichneten. Es ist in Erinnerung, daß Leinert vor etwa sechs Jahren scharfen Angriffen ausgesetzt war wegen der Pensionsansprüche, die er bei seinem Rücktritt als Oberbürgermeister von Hannover geltend gemacht hat und wegen des ganzen sogenannten „Leinert- Skandals“, der diesem Rücktritt vorausging.

Die Kritik, die damals an Leinert geübt wurde, hatte auch bei der sozialdemokratischen Fraktion Widerhall gefunden, und war die Veranlassung, daß nach den Landtagswahlen von 1924 Leinert nicht wieder präsentiert wurde, und an seiner Stelle Abgeordneter Bartels zum Landtagspräsidenten gewählt wurde. Jetzt, nach der neuerlichen Nominierung Leinerts, haben die Rechtsparteien Einspruch erhoben und damit gedroht, sie würden, wenn er gewählt werden sollte, die ihren Fraktionen angehörenden Mitglieder des Präsidiums zurückziehen. Das waren die Hintergründe des Zentrumsantrages auf Verschiebung der Wahl. Und die Verschiebung wieder bedeutet, daß die Kandidatur Leinerts fallen gelassen wird. Die Koalitionsparteien wollen sich auf eine andere Persönlichkeit einigen.

Der Vertagungsantrag des Zentrums wurde angenommen gegen den Widerspruch der Kommunisten, die eine Verständigung über einen anderen Kandidaten verhindern wollten, aber ihrerseits Leinert angriffen, weil er nach ihrer Auffassung in der Zeit, in der er auf dem Präsidentenstuhl saß, es an Objektivität gegenüber den Kommunisten habe fehlen lassen.

Nachher wurde vom Landtag ein Antrag des Hauptausschusses angenommen, in dem die Reichsregierung ersucht wird, eine Revision des Young-Plans in Angriff zu nehmen, mit dem Ziel auf völlige Einstellung der Reparationszahlungen. Für diesen Antrag stimmten 184 von

insgesamt 276 Anwesenden. Die Linke enthielt sich der Abstimmung.

Auf der Tagesordnung stand sodann die Beratung des Mißtrauensantrages gegen den Kultusminister Grimme, der mit den Einsparungen auf dem Schulgebiet begründet wird.

Die deutschen Börsen werden nicht geöffnet.

Berlin, 26. November. (P.M.) Die von den deutschen Börsenkreisen aufgestellte Forderung, die deutschen Börsen, die bereits seit einigen Monaten geschlossen sind, wieder zu öffnen, wurde von der Reichsregierung und dem Präsidium der Reichsbank abgelehnt mit der Begründung, daß ein solcher Schritt Deutschland in der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage schaden könnte. Im Falle ihrer Eröffnung würden die Börsen im Laufe der nächsten Tage und Wochen eine unbeständige und schwache Tendenz aufweisen, was auf die Stellung Deutschlands, besonders im Zusammenhange mit den bevorstehenden Verhandlungen, die Deutschland zu grundsätzlichen Entscheidungen zwingen, einen negativen Einfluß ausüben würde. In deutschen Finanzkreisen wird daher damit gerechnet, daß die Börsen mindestens bis zum Schluß dieses Jahres geschlossen bleiben werden.

hört. Die Vernehmung dieser Zeugen wird, wie das „Slowo Pomorskie“ annimmt, in dieser Woche beendet sein, worauf eine mehrtägige Pause eintritt, um den Parteien Zeit und Gelegenheit zu geben, sich mit dem riesigen Material, das die Verhandlung ergeben hat, bekannt zu machen.

Nach der Pause werden zwei Staatsanwälte, 19 Verteidiger und 11 Angeklagte sprechen. Diese 32 Reden werden etwa zwei Wochen lang dauern, worauf die Replikten erfolgen. Der Prozeß kann sich somit bis Weihnachten hinziehen.

Zaleski konferiert in Paris.

Paris, 25. November. Der polnische Außenminister August Zaleski benutzt seine Anwesenheit in Paris, um mit den Mitgliedern der französischen Regierung zu konferieren. Am Montag hatte er eine längere Konferenz mit dem Finanzminister Glandin und abends mit Minister Briand. Gestern hat sich Minister Zaleski mit dem Handels- und Industrieminister Molin unterhalten.

In diesen Konferenzen wurden, wie die „Gazeta Polska“ erfährt, wichtige wirtschaftliche und politische Fragen berührt, die sowohl die Polnische, als auch die Französische Regierung interessieren.

Heute Laval-Rede in der Kammer.

Paris, 26. November. (Eigene Drahtmeldung.) Ministerpräsident Laval wird heute nachmittag in der Kammer seine außenpolitische Rede halten, die bereits zweimal verschoben wurde. In gut unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß der Ministerpräsident sich ziemlich kurz fassen wird. Laval wird in seiner Rede voraussichtlich zu dem Ergebnis kommen, daß der Young-Plan unbedingt aufrecht erhalten werden müsse, und daß Frankreich keinerlei Zugeständnisse machen könne, wenn nicht Amerika seinen Schuldnern gegenüber gleiche Maßnahmen ergreife. Von dieser These ausgehend, dürfte der Ministerpräsident alsdann zu der Schlussfolgerung gelangen, daß jede neue Herabsetzung der Tributzahlungen, selbst wenn die interalliierten Schulden entsprechend vermindert würden, niemals den ungeschädigten Teil der Tribute treffen dürfte.

Tagungsbeginn des B. J. Z.-Ausschusses am 7. Dezember.

Basel, 26. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die B. J. Z. gibt nunmehr die amtliche Liste der für den Sonderausschuß von dem Zentralbankpräsidenten ernannten sieben Mitglieder bekannt.

Die B. J. Z. hat den Ausschuß nunmehr auf den 7. Dezember, mittags 10.30 Uhr, nach Basel einberufen. Es verläutet, daß mehrere Mitglieder des Ausschusses ein oder zwei Tage vor der ersten offiziellen Sitzung in Basel eintreffen werden, um u. a. über die Zunahme von vier weiteren Mitgliedern des beratenden Sonderausschusses zu beraten.

Englisch-französischer Rohlenkrieg.

London, 26. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Ansicht der französischen Regierung, die Einfuhr englischer Kohle zu vermindern, hat in London großes Unbehagen hervorgerufen. In der englischen Presse werden energig Gegenmaßnahmen gefordert. Der „Daily Telegraph“ verlangt ein Handelsabkommen mit Frankreich, das beiden Ländern die gleichen Vorteile zusichert, so daß die für England ungünstige Handelsbilanz mit Frankreich ausgeglichen werde. Sie verlange gewisse Änderungen, die die Franzosen wohl zunächst für ganz unannehmbar ansehen würden, aber nur so lange, bis England ihnen ganz klar und blutig erkläre, daß dann nichts anderes übrig bleibe, als die Einfuhr der hauptsächlichsten französischen Erzeugnisse wie Weine, Luxuswaren, Cognac, Seidenartikel usw. zu unterbinden.

Der Kampf um das Gold.

London, 26. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die gegenwärtigen französischen Dollarverkäufe erregen, wie „Financia“ bemerkt, die große Aufmerksamkeit der Finanzkreise, da sie andeuten, daß man in Frankreich die Neigung des Dollars zum Steigen ungünstig betrachtet. Da die Franzosen noch große Dollar Guthaben hätten, so würden sie es vorzuziehen verhindern können, daß der Dollar einen Stand erreicht, bei dem Goldausfuhren aus Frankreich einsehen müßten. Man dürfe aber nicht vergessen, daß durch die Weiterentwicklung der politischen Ereignisse in Europa eine vollständige Änderung der Lage eintreten könne. Sollte die internationale Abrüstungskonferenz keinen Erfolg haben, so werde eine dann in Deutschland unvermeidlich werdende Hitler-Regierung zur Folge haben, daß viele Befürworter von Franken-Guthaben diese zurückzugeben. Die ungünstige Frankensbewegung könne sich durch den Abfluß von Kapital verschärfen, so daß möglicherweise Frankreich einen Teil seines Goldes wieder hergeben müßte. Paris habe zwar Amerika gegenüber die erste Runde gewonnen, als es durch seine großen Goldabzüge aus New York die Amerikaner zur Annahme von französischen Bedingungen zwang. Alle Anzeichen deuteten aber darauf hin, daß die zweite Runde anders ausfallen werde. Eine Verschärfung der Lage der französischen Banken oder ein politischer Konflikt in Europa würden genügen, um die Lage zugunsten Amerikas auszuweichen zu lassen. Der Wechsel in der internationalen Finanzlage würde den Präsidenten Hoover wieder in die Lage versetzen, die Initiative in der Frage der Tribute und der Kriegsschulden zu ergreifen.

Deutches Reich.

Landesverratsprozeß gegen die „Weltbühne“.

In dem in Leipzig geführten Landesverratsprozeß gegen den Leiter der „Weltbühne“, Carl von Ossietzky, und den Schriftsteller und Flieger W. Kreiser wurden beide wegen Verbrechens nach § 1 Abs. 2 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Kosten werden ihnen aufgelegt; außerdem wird gemäß § 1 Abs. 2 St. G. B. die betreffende Nummer der „Weltbühne“ eingezogen.

Der Wahlterror im Brest-Prozeß.

Warschau, 25. November.

Am gestrigen 26. Verhandlungstage im Brest-Prozeß wurde wiederum eine ganze Reihe von Führern der Volkspartei Plasz vernommen, die die Arbeiten dieser Partei in der Vorkriegszeit und bis in die neuesten Zeiten hinein charakterisierten. Die Zeugen waren von der Verteidigung geladen worden, um über die politische Tätigkeit der Angeklagten Witos und Kiernik auszusagen.

Als erster Zeuge wurde der frühere Vizepräsident der Plasz-Partei Madziejczyk vernommen. Dieser erklärte auf eine Frage der Verteidigung, daß nach seiner Ansicht der Maiumsturz gegen die Bauern gerichtet war. „Wir waren immer der Meinung“, erzählt der Zeuge weiter, „Polen müßte ein demokratischer Staat sein, in dem das Volk gleiche Rechte hätte. An Vorrechte haben wir nicht gedacht. Nach dem Mai 1926 begann eine scharfe Verfolgung der Mitglieder des Plasz. Ich habe nach dem Maiumsturz Flugblätter gelesen, in denen es hieß, daß der Bauer sich nur für die Mistgabel und für den Mist eigene, nicht aber zum Regieren. Und als wir nach dem Mai sahen, daß die Bauern nicht nur aus den höheren Ämtern, sondern auch von den Gemeindepösten entfernt wurden, die Anhänger der Plasz-Partei innehatten, sind wir allmählich zur Opposition übergegangen. Die Erbitterung unter dem Volke war so groß, daß wir die Ausbrüche der Masse hemmen mußten. Ein revolutionäres Element sind die Bauern nicht. Der Präsident der Partei, Witos, und Minister Kiernik gehörten zu den gemäßigtsten Charakteren in der Partei. Sehr viele, die heute in der Regierungspartei sind, dachten viel radikaler.“

Auf die Frage der Verteidigung, ob der jetzige Abgeordnete des Regierungsblochs Potoczki früher dem Plasz angehört und ob er, der Zeuge, mit diesem über die Verhaftung von Witos und Kiernik gesprochen habe, erklärte der Zeuge: „Nach der Verhaftung der Führer am 18. Dezember fuhr ich zusammen mit Potoczki zu einer Sitzung des Hauptvorstandes nach Warschau. Potoczki sagte mir, es sei eine Aktion zur Freilassung von Witos und Kiernik aus der Brest-Verhaftung eingeleitet worden. Als ich bei dem ehemaligen Minister Dwiecki zu einer Konferenz wollte, wurde ich plötzlich herausgerufen und ich begegnete zusammen mit Potoczki einem Beamten des Innenministeriums, einem gewissen Mróz. Dieser erklärte, er sei gekommen, um zu erfahren, wieviel Bauern es gäbe, die Witos und Kiernik in Brest befreien möchten. Ich erklärte ihm, daß die Frage lächerlich sei, da nicht nur jeder Bauer, sondern auch jeder der Plaszpartei angehörende gebildete Mensch wünsche, daß man die Verhafteten aus dem Gefängnis befreie. Mróz sagte darauf, daß sich eine Persönlichkeit von großem Einfluß in dieser Angelegenheit nach dem Belvedere begeben werde. Schließlich führte mich Potoczki nach einem Hotel, wo bald darauf auch Mróz und ein Bekannter Wilczynski erschienen. Sie erklärten mir, sie seien Delegierte des Innenministeriums und verlangten, daß wir aus dem Zentralkomitee austreten sollten. Dafür wollte man unsere Abgeordneten freilassen. Wir verlegten die Ansprache auf den nächsten Tag. An diesem Tage sollte zu uns der Direktor des politischen Departements des Innenministeriums nach dem Hotel kommen, um die Verhandlungen weiterzuführen. Aber wir beschloßen, auf diesen Würdenträger nicht zu warten und verließen das Hotel. Unterwegs begegneten wir Mróz, der uns zu drohen versuchte. Ich sagte ihm, wir könnten nicht unterhandeln, wenn unsere Führer im Gefängnis säßen, und möchten lieber nach Hause fahren. Hierauf meinte Mróz, es könnte passieren, daß wir Warschau überhaupt nicht verlassen würden. Ich antwortete ihm, daß ich 50 Jahre alt bin und lieber in Ehren umkommen wolle, als mich in verdächtige Unterhandlungen einzulassen.“

Am dritten Tage darauf ist Potoczki zur Sanierung übergetreten und ich wurde verhaftet, wobei man mir vorwarf, ich hätte zur Nichtentrichtung der Steuern aufgefordert. Meine Verhaftung habe ich als einen Nachschuß angesehen, denn ich bin Dorfschulze und kassiere die Steuern ein, wobei es in meiner Gemeinde keine Steuerrückstände gibt. Keiner der vorgeladenen Zeugen hat bestätigen können, daß ich etwas Ähnliches gesagt hätte. Ich kam dann direkt aus der Gegend von Krosno zurück. Ich hatte mich dort als Wahlagitator betätigt, da dort die Erntewahlen stattfinden sollten und habe gesehen, was dort vorgeht.

Als wir einen kleinen Garten für eine Versammlung gemietet hatten, kam ein Polizist zu dem Wirt und wollte ihm zwanzig Bloty geben, damit er uns ja nur nicht den Garten überlasse. Potoczki galt als einflußreiches Mitglied des Plasz. Er war Vizevorsitzender. In einem Brief an die Presse erklärte er, daß er sich vom politischen Leben zurückziehe, später aber nahm er das ihm vom Regierungsbloß angebotene Mandat an. Während eines Gesprächs hatte er sich zu mir geäußert: „Was hätten ihr auch von mir geholt? Ich wäre doch ebenfalls verhaftet worden.“

Auf die Frage des Rechtsanwalts Nowodvorski, ob die Wahlmethoden in Österreich besser waren

als die gegenwärtigen, meinte der Zeuge: „Das war nichts im Vergleich zur Gegenwart. Die Stimmzettel mußten geheim verteilt werden und die Stimme konnte man öffentlich abgeben, wenn man für die Jedynka stimmte.“ Der Bauer, so schloß der Zeuge, „ist noch nicht so naiv, daß er nicht wüßte, daß die Regierung über Militär und Maschinengewehre verfügt. Um mit Mistgabeln oder Senfen auf Warschau zu marschieren, dazu müßte man schon ein sehr naiver Mensch sein. Der Bauer würde vor demjenigen ausweichen, der zu einem derartigen Marsch aufgefordert hätte.“

Der nächste Zeuge ist der Bankdirektor und ehemalige Abgeordnete der Plaszpartei Grunzka, der in der Volksbewegung über 20 Jahre lang tätig ist. Der Zeuge charakterisiert die Einstellung der Plaszpartei und hebt hervor, daß sich die Partei vor dem Kriege die Befreiung Polens zum Ziele gesetzt habe. Im unabhängigen Polen seien die Ereignisse im Jahre 1920 ein Wendepunkt für die Partei gewesen, als die Nationalregierung ernannt wurde, an deren Spitze Witos stand. Dieses Jahr sei die erste Bluttaufe des polnischen Bauern gewesen. Nach diesen großen Ereignissen habe der polnische Bauer manche Vorteile erwartet, doch das Leben habe so manche Enttäuschung gebracht. Trotzdem habe sich die Bauernpartei immer stärker entwickelt; ein Beweis dafür sei die Anzahl der Abgeordneten im Sejm, deren die Plaszpartei nicht weniger als 70 hatte. Die Matrevolution habe der polnische Bauer nicht nur als ein großes Unglück für den Staat angesehen. Trotzdem habe die Plaszpartei den Nachmatregierungen gegenüber eine positive Haltung eingenommen. Sie habe bei der Staatspräsidentenwahl ihre Verpflichtung erfüllt, indem sie für Pilsudski stimmte, die andere Seite aber sei ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen. Denn es sei versichert worden, daß nach der Wahl des Marschalls Pilsudski der Bürgerkrieg ein Ende finden und die Regierung auf dem Boden des Rechts stehen werde. Dies sei jedoch nicht geschehen. Trotz alledem könne von einer Aufforderung zu einem Marsch auf Warschau nicht die Rede sein.

Der Reihe nach sagt sodann der Abgeordnete Brodacki, von Beruf Richter, aus: Der Zeuge spricht in überaus scharfer Weise von Rechts- und Verfassungsbrüchen der Nachmatregierung. Während seiner Ansage kommt es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen dem Staatsanwalt und der Verteidigung. Auf die Bitte des Rechtsanwalts Nowodvorski, konkrete Fälle von Rechtsbrüchen zu nennen, erklärte der Zeuge: „Es fällt mir schwer darauf zu antworten, aber das Recht ist in Polen zu einem Spinnennetz geworden, durch das die Bremse ungehindert durchfliegt, während die kleine Fliege darin hängen bleibt.“

Nach einer kurzen Pause wurden noch neun Zeugen vernommen, die aber nichts Wesentliches aus sagten.

Abgeordneter Popiel unter Anklage.

Warschau, 25. November. In dem gegenwärtig schwebenden Brest-Prozeß wurde vor einigen Tagen auch der frühere Arbeiterpartei und ehemalige Abgeordnete der Nationalen Arbeiterpartei, Karol Popiel, als Entlastungszeuge vernommen. Sowohl der Angeklagte als auch die Verteidigung hoben bei dieser Gelegenheit hervor, daß Popiel, trotzdem man ihn in Brest gefangen hielt, bis jetzt die Anklageschrift noch nicht zugehtelt worden sei.

Er sei ein Mann, der seinen Prokurator verloren habe.

Sowohl man der Sanierungspreste danken soll, ist jetzt das Untersuchungsverfahren gegen Popiel eingeleitet worden. Zusammen mit Popiel steht in Sachen der Gasmaskefabrik „Protecta“ der Direktor Josef Sazon unter Anklage. Man wirft ihnen vor, daß Sazon als Direktor und Popiel als Teilhaber der Gasmaskefabrik die Staatsbehörden in einen Irrtum dadurch verlegt hätten, daß sie falsche Informationen über das Kapital dieser Fabrik erteilten. Sie erstellten daraufhin von der Regierung eine Bestellung zur Lieferung von Gasmasken und eine hohe Anzahlung zu der Zeit, als die Fabrik noch nicht bestanden hat. Während des Prozesses gegen General Zymirski, der in diese Sache mit verwickelt war und zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, kam es an den Tag, daß der Staatsanwalt bei diesen Bestellungen einen bedeutenden Verlust erlitten hat.

Die Angeklagten werden sich aus Artikel 591 des russischen Strafgesetzes zu verantworten haben, der eine Gefängnisstrafe von einem Jahr bis zu sechs Jahren vorsieht.

Brest-Prozeß — bis Weihnachten.

Warschau, 26. November. In dem Prozeß gegen die ehemaligen Brest-Häftlinge hat das Gericht etwa 20 Belastungs- und ebensoviel Entlastungszeugen noch nicht ver-

Gewerbescheine (Patente) lösen!

Die Finanzkammer in Posen erinnert daran, daß der Verkauf der Gewerbescheine (Patente) für das Jahr 1932 im November, spätestens aber im Dezember 1931 zu erfolgen habe. Alle Gewerbesteuerzahler müßten dem Verkaufstermin und den Eigenschaften des Gewerbescheins besondere Aufmerksamkeit entgegenbringen, da die Finanzämter mit Rücksicht auf die Interessen des Staates bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1932 zu einer strengen und genauen Kontrolle der Gewerbescheine und Registrierkarten übergehen werden. Deklarationen können unentgeltlich in den Finanzkassen und Finanzämtern entgegengenommen werden.

Die Gebühren für die Gewerbescheine und Registrierkarten für das Jahr 1932 gehen aus folgender Tabelle hervor:

I. Gewerbescheine (Patente)

A. Handelsunternehmen

(Kategorie I—IV von Handelsunternehmen, Kategorie Va Transportunternehmen, Kategorie Vb Gaststättengewerbe.)

Kategorie	In allen Ortschaften	In Orten der Klasse	I	II	III	VI
	in Zloty					
I	2000		—	—	—	—
II	—		380	270	200	180
III	—		65	50	40	25
IV	—		25	20	15	10
Va	50		—	—	—	—
Vb	15		—	—	—	—

B. Gewerbeunternehmen

Kategorie	In allen Ortschaften	In Orten der Klasse	I	II	III	IV
	in Zloty					
I	6000		—	—	—	—
II	4000		—	—	—	—
III	2000		—	—	—	—
IV	600		—	—	—	—
V	200		—	—	—	—
VI	—		100	80	60	40
VII	—		50	40	30	20
VIII	—		12	10	6	4

C. Jahrmärkte

Zeitraum des Jahrmarkts	Großhandel	Kleinhandel
über 21 Tage	250	70
von 7 bis 21 Tagen	125	35
von 3 bis 7 Tagen	100	25

D. Gewerbebesuche

Kategorie I.

Exporteure, die keine besonderen Bureaus und Handlungsgehilfen haben, die sich jedoch persönlich im Auftrage dritter Personen mit der Verpachtung von Waren bei den Zollämtern beschäftigen, sofern diese Waren nach dem Auslande gehen oder aus dem Auslande eingeführt werden.

- an den Hauptlinien der Eisenbahn 400 Zloty
- an den Nebenlinien der Eisenbahn 300 Zloty
- außerhalb der Eisenbahnlinien 250 Zloty

a) Börsenvermittler (Makler):

- an der Warschauer Börse 400 Zloty
- an anderen Börsen 250 Zloty

Kategorie II.

b) Vermittler aller anderen Arten:

- in Warschau und in Orten der I. Klasse 150 Zloty
- in Orten der II. Klasse 100 Zloty
- in Orten der III. und IV. Klasse 80 Zloty

Kategorie III.

Inspektoren und Agenten von Versicherungs-, Transport-, Verkehrs- oder Kredit-Institutionen, sofern sie ihre Tätigkeit, ohne ein eigenes Bureau zu unterhalten, ausüben:

- in Warschau und Orten der I. Klasse 50 Zloty
- in Orten der II. Klasse 40 Zloty
- in Orten der III. und IV. Klasse 20 Zloty

Kategorie IV.

- Reisende 100 Zloty

II. Registrierungsarten

Zu diesen Gebühren werden folgende Zuschlagsgebühren erhoben:

- für die Selbstverwaltungsbehörden (der Städte, der Gemeinden bzw. Kreise): von allen Unternehmungen und Gewerbebetrieben bis zur Höhe von 30 Proz.
- für die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern bis zur Höhe von 15 Proz.
- für Fachschulen bis zur Höhe von 25 Proz.

Zu den Registrierungsarten werden die gleichen Zuschläge erhoben. Neben diesen hier erwähnten Zuschlägen werden nach Art. 12 des Gesetzes vom 12. Februar 1931 (Dz. Ust. Nr. 16, Pol. 82) 10 Prozent als außerordentlicher Zuschlag erhoben. Dieser Zuschlag wird nur von dem Preise des Gewerbescheins und der Registrierungskarten ohne die dazu gehörigen Zuschlagsgebühren berechnet werden, d. h. also vom Netto-Preis.

Die Einteilung der Ortschaften nach Klassen im Bezirk der Großpolnischen Finanzkammer ergibt sich aus folgenden Aufstellungen:

Klasse I die Städte: Bromberg und Posen.

Klasse II die Städte: Gnesen und Inowroclaw.

Klasse III die Städte: Kolmar (Chodzież), Czarnikau (Czarnków), Kępno (Kępno), Koźmin, Kościelisko (Kosów), Krotoschin, Lissa (Leszno), Birnbaum (Międzybóże), Gostyn, Grätz (Grodzisk), Jaroschin (Jarocin), Mogilno, Nakel (Nakło), Neutomischel (Nowy Tomisz), Dobornik (Dobroń), Olsztyn (Olsztyn), Ostrowo (Ostrowo), Schildberg (Świebodzin), Pleschen (Pleszew), Rawitsch (Rawicz), Schmiegel (Śmigiel), Schrimm (Śrem), Sroda (Środa), Strzelno (Strzelno), Samter (Szamotuły), Schubin (Szubin), Wągrowitz (Wągrowiec), Wollstein (Wolsztyn), Wrzeschen (Wrzesnia), Wirsitz (Wyrzysk), Dentschen (Żbąszyn), Żnin.

Klasse IV alle übrigen Ortschaften und Kreise.

Die Großpolnische Finanzkammer macht alle Steuerzahler gleichzeitig darauf aufmerksam, daß alle Gesuche um Ermäßigung der Gewerbescheine nur bis zum 15. Dezember d. J. eingebracht werden können. Gesuche um Gebührenermäßigung für die Gewerbescheine von im Laufe des Jahres 1932 neu entstehenden Unternehmen müssen vor Inbetriebsetzung solcher Unternehmen gestellt werden. Alle nach diesen Zeitpunkten eingebrachten Anträge finden keine Berücksichtigung.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 26. November.

Zeitweise heiteres Frostwetter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet zeitweise heiteres Frostwetter an.

Schwere Strafen für Straßenräuber.

Auf eine exemplarische Bestrafung für Straßenraub hat das Bezirksgericht in einer am Donnerstag stattgefundenen Verhandlung erkannt. Vor der Strafkammer hatten sich der 24jährige Klempner Hubert Wilczek und der 26jährige Arbeiter Stanisław Brackowiak, beide aus Bromberg, wegen Überfalls zu verantworten. Am 20. Oktober d. J. um 2 Uhr nachmittags suchte der 68jährige Arbeiter August Bohn eine hiesige Firma in der Promenadenstraße auf, die ihm Arbeit versprochen hatte. In einer Seitengasse, die zur Brauerei hinunterführt, ruhte B. auf einem Sandhaufen etwas aus. In diesem Augenblick näherten sich die beiden Angeklagten dem B., fielen über ihn her und mit den Worten: „Gib uns Geld“, begannen sie auf den alten wehrlosen Mann einzuschlagen. Einer von den Angeklagten versuchte, dem B. den Mantel vom Körper zu reißen. Auf die Hilferufe des Überfallenen eilten Passanten herbei, worauf die beiden Straßenräuber die Flucht ergriffen. Am dem gleichen Tage rempelten die Angeklagten auf der Bahnhofstraße einen Herrn an. Hier aber waren sie gerade an die richtige Adresse geraten. Der Angeklagte nämlich war Kriminalkommissar Lisowski, der die beiden Helden mit festem Griff am Kragen packte und sie ins Polizeigewahrsam brachte. Die Angeklagten, die aus dem Untersuchungsgefängnis dem Gericht vorgeführt wurden, sind geständig. Sie veruchen einer dem anderen die Schuld zuzuschreiben. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je fünf Jahren Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von zehn Jahren und Tragung der Gerichtskosten.

§ Wegen versuchten Mordes und Bigamie hatte sich am Donnerstag vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 29jährige Knecht Stanisław Straka zu verantworten. Straka, der bei dem Landwirt Leopold Schneider in Neuhof (Nowy Dwór), Kreis Schubin, beschäftigt war, lernte in Grone ein junges Mädchen kennen, mit der er sich verheiraten wollte. Schneider, dem es bekannt war, daß sein Knecht verheiratet ist, fuhr nach Grone zu den Eltern des Mädchens, die darauf das bereits auf dem Standesamt bestellte Aufgebot rückgängig machten. St., der gelobt hatte, sich deswegen an seinem Brotherrn zu rächen, suchte diesen am 8. November v. J. auf und bat um ein Arbeitszeugnis. Als St. seiner Tochter den Auftrag gab, ein solches auszustellen, zog der Angeklagte plötzlich einen Revolver aus der Tasche und legte auf St. an. Zum Glück verlagte die Waffe. St. stürzte sich nun auf seinen Knecht, dem es jedoch gelang, sich zu befreien und die Flucht zu ergreifen. St. bekennt sich nicht zur Schuld und gibt an, daß er dem St. mit einer Kinderpistole nur einen „kleinen Schreck“ habe einjagen wollen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der in beiden Fällen durch die Zeugen Aussagen der Schuld überführt wurde, zu 1½ Jahren Zuchthaus und Tragung der Gerichtskosten.

§ Notwehr. Der 42jährige Feldwächter Leopold Komalki aus Żurawia, Kreis Schubin, ist des Mordes angeklagt. Am 17. November v. J. überraschte der Angeklagte auf einem Dienstgange die Brüder Josef und Stanisław Tarnowski beim Heubdiebstahl. Auf seinen Anruf ergriffen die Diebe die Flucht. K., der ihnen nachgesetzt war, gelang es, Josef T. zu fassen, mit dem er ins Handgemenge kam. T., der an physischen Kräften dem K. weit

überlegen war, warf diesen zu Boden und begann ihn zu würgen. K. konnte jedoch den Revolver aus der Tasche ziehen und auf T. einen Schuß abgeben. In den Folgen dieses Schusses verstarb T. nach einigen Stunden. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da durch die Aussagen eines Zeugen einwandfrei festgestellt werden konnte, daß K. in Notwehr gehandelt habe.

§ Schaufensterdiebstähle. In der Nacht zum 25. d. M. haben unerkannt entkommene Täter im Geschäft der Frau Maria Kaddak, Wallstraße 42, das Schaufenster zertrümmert und Woll- sowie Wolllwaren im Werte von 300 Zloty gestohlen. — In der vergangenen Nacht schlugen ebenfalls entkommene Täter das Schaufenster des Kaufmanns M. Sackelberg, Wallstraße 9, ein und stahlen daraus Waren für etwa 130 Zloty.

§ Einen Selbstmordversuch durch Einnehmen von Phosphor und Njöl beging eine weibliche Person. Sie wurde sofort in das St. Florianstift gebracht, wo man sie am Leben zu erhalten hofft.

§ Überfallen wurde im Walde hinter der neuen Eisenbahnstraße die Königsstraße (Kosciuszki) 4 wohnhafte Wanda Gola. Sie erlitt leichte Verletzungen am Kopfe. Die Täter konnten entkommen.

§ Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages zwei Personen wegen Trunkenheit und eine Person wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften.

□ Grone (Gronow), 25. November. Gestohlen wurde aus dem nicht verschlossenen Saale des Restaurateurs Franzowski ein Radioapparat.

□ Samotichin, Kreis Kolmar, 25. November. Eine Diebesbande treibt seit längerer Zeit hier ihr Unwesen. Durch Eindringen einer Fensterhebel gelangten Spitzbuben in die Wohnung der Schwester Gulda und raubten Esvorräte und Kleidungsstücke, desgleichen wurde in die Bäckerei auf dem Buchhardtschen Grundstück eingebrochen. Hier wurde in der Hauptsache nach Geld gesucht. In beiden Fällen sind die Diebe spurlos verschwunden. Ein dritter Einbruch in die städtische Kämmerlei wurde vereitelt. Gegen 3 Uhr morgens bemerkte der Nachtwächter, daß eine Bureautür offen stand. Als er näher kam, sah er einen gut gekleideten Mann „bei der Arbeit“. Sofort stürzte sich der Nachtwächter auf den Eindringling, hielt ihn fest und schrie laut um Hilfe. Dem Fremden gelang es jedoch, einen Revolver zu ziehen. Wohl oder übel mußte der Nachtwächter den Eindringling nun freilassen, der unerkannt entkam.

* Dobornik, 26. November. (PAT) Zu einem tödlichen Unfall kam es in Bomblin (Bablin). Dort spielte der 12jährige Sohn des Gemeindevorstehers Miskerki mit einer Doppelflinte und drückte ab. Das Gewehr war unglücklichweise geladen und die Schrotladung traf die Mutter des Knaben in den Kopf. Die Verletzung war so schwer, daß die Frau nach kurzer Zeit starb.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Vier Menschen verbrannt.

* Warschau (Warszawa), 25. November. In einem Hause der Wolskastraße kam es in der Wohnung des Chauffeurs Dschowski zu einer Benzin-Explosion. Infolge des Luftbruchs wurde die Wand zu der Nebenwohnung eingerissen. Es entstand ein Brand, bei dem der Chauffeur sowie ein in der Nachbarwohnung schlafendes Ehepaar namens Kasik und dessen zweijähriges Kind in den Flammen den Tod fanden. Drei weitere Kinder erlitten sehr schwere Verletzungen.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 26. November 1931.

Aratau — 2,26, Zawichost + 1,77, Warschau + 2,06, Błoc + 1,35, Thorn + 2,45, Vordun + 2,56, Culm + 2,60, Graudenz + 2,96, Rurzebrat + 3,80, Bielel + 3,23, Dirschau + 3,36, Einlage + 2,68, Schiewenhorst + 2,66.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströfer; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heyke; für Anzeigen und Reklamen Edmund Prągoszki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 274

Die Mutter ist glücklich,

wenn das wohlgepflegte, gesunde Aussehen ihres Kindes bewundert wird. Bis zum 10. Lebensjahre deswegen nur

NIVEA KINDERSEIFE

Nach ärztlicher Vorschrift für die zarte, empfindliche Haut der Kleinen besonders hergestellt, dringt ihr seidenweicher Schaum schonend in die Hautporen ein und macht sie frei für eine gesunde u. kräftige Hautatmung. Und was das bedeutet, merken wir Erwachsene an uns selbst: Wohlfinden u. Gesundheit hängen von ihr ab. Preis Zl. 1.20

Vor dem Rasieren

und zwar vor dem Einseifen müssen Sie sich immer mit

NIVEA-CREME NIVEA-ÖL

(Hautfunktions- u. Massage-Öl)

oder mit einreiben, — nicht zu stark, denn das beeinträchtigt die Schaumbildung. Sie können sich auch schon abends einreiben. Die Haut wird dann geschmeidig, das Barthaar erweicht, und Sie leiden nicht mehr unter geröteten, aufgesorgenen Stellen.

Nivea-Creme: Zl. 0.40 bis 2.60 / Nivea-Öl: Zl. 2.00 und 3.50

Vergebens überlegte ich, was geschehen könnte, um Rulff zu helfen. Vergebens erörterte ich die Lage mit den Eskimos, die sich von seinem letzten Beschluß unbehaglich berührt fühlten. Aber wir waren ganz machtlos, wenn er selber den Kampf ausgab und sich weigerte weiterzugeben. Denn in der großen, wildereeren Schlucht zu bleiben, würde den sicheren Tod für uns alle bedeuten.

Japans Eroberungspläne.

Tanakas Denkschrift für den Mikado. — Die Mandchurei als erste Etappe. — Kühne Indien-Träume. — Der Krieg mit Rußland unvermeidlich.

Wie eine Bombe hat die Veröffentlichung des Memorandums eingeschlagen, das der japanische Ministerpräsident Tanaka dem Kaiser von Japan am 25. Juli 1927 unterbreitet hat. Noch ist der Streit darüber im Gange, ob dieses weltgeschichtliche Dokument in der Form, wie es in der Londoner „Morning-Post“ und im Genfer „Journal de Genève“ veröffentlicht wurde, in allen Einzelheiten mit dem Original identisch ist. Dieser Streit kann jedoch nur die einzelnen Formulierungen betreffen; denn das Schriftstück als solches war in China schon seit längerer Zeit im Umlauf. Es ist dort nicht nur chinesisch, sondern auch englisch, nämlich in „China Critic“, veröffentlicht worden und auf diesem Wege schließlich nach Europa gelangt. Die Echtheit der Denkschrift kann allein schon aus dem Grunde nicht angezweifelt werden, weil die hiesigen Ereignisse Schritt für Schritt die genauesten Angaben der immerhin vier Jahre alten Denkschrift bestätigen. Diese Tatsache können keine offiziellen japanischen Dementis bestreiten. Und wenn einige Folgerungen Tanakas als übertrieben anmuten können, so ist immerhin zu berücksichtigen, daß der inzwischen verstorbene japanische Staatsmann ein weltumspannendes, auf weite Sicht berechnetes Programm, eine Art politisches Testament, aufgeworfen hat, das sich durchaus in den geheiligten Traditionen Japans bewegt. Es ist auch dringend erwünscht, daß die Tanaka-Denkschrift in ihren Grundzügen weit und breit bekannt wird; denn es ist zu befürchten, daß man in der nächsten Zeit oft an sie denken muß.

Einleitend setzt der japanische Staatsmann seinem Kaiser die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage Japans auseinander, um dann zu dem Kernproblem der japanischen Politik der allernächsten Zeit, nämlich zur Mandchurei-Frage, überzugehen:

„Die drei Ostprovinzen (die Mandchurei) sind ein politisch höchst unvollkommenes Gebiet des Fernen Ostens. Zur eigenen Sicherheit und zur Sicherheit der anderen würde Japan die Schwierigkeiten in Ostasien nicht lösen können, ohne die Politik des Blutes und des Eisens einzuschlagen... Wollen wir in Zukunft China kontrollieren, so werden wir vor allem die Vereinigten Staaten im Fernen Osten zurückdrängen müssen, wie wir es seinerzeit mit Rußland getan haben. Um aber China zu erobern, müssen wir zuerst die Mandchurei und Mongolei beherrschen. Um die ganze Welt (?) zu erobern, müssen wir zuerst von China Besitz ergreifen. Sollte uns dies gelingen, dann werden die übrigen Völker Asiens und der Welt das Joch der Japaner spüren. Dann wird die Welt sehen, daß Ostasien uns gehört und wird nicht mehr wagen, unsere Rechte zu schmälern. Das ist der Plan, den der Kaiser Meiji (Mutschito 1867 bis 1912) uns überlassen hat, und dessen Verwirklichung eine Lebensfrage für uns ist...“

„In Anbetracht der gegenwärtigen Bedingungen und Möglichkeiten gibt es keine bessere Politik für uns, als positivere Maßnahmen zur Erlangung von Vorrechten in der Mandchurei und Mongolei zu ergreifen. Das wird uns in die Lage versetzen, unsere Wirtschaft zu entwickeln, den industriellen Aufbau Chinas zu hemmen und das weitere Eindringen europäischer Mächte zu verhindern. Dies ist also die beste Politik. Das beste Mittel, die wahren Rechte in der Mandchurei und Mongolei zu erlangen, wäre, diese Gebiete als Ausgangspunkt für das Eindringen in das übrige China unter dem Vorwand der Wirtschaftsbeziehungen zu benutzen. Es wird uns dann ein Leichtes sein, sämtliche Produktionsquellen des Landes uns anzueignen. Und erst dann werden wir an die Eroberung Indiens, des Südmeeres, Zentralasiens, Kleinasiens und selbst Europas herangehen. Will die Rasse Yamatos sich in Asien ausbreiten, so muß die Kontrolle über die Mandchurei und Mongolei der erste notwendige Schritt dazu sein.“

Mit bemerkenswerter Ausführlichkeit bespricht Tanaka sogar die strategische Lage in der Mandchurei, wobei er die Notwendigkeit etwastündig begründet, das Eisenbahnnetz im Hinblick auf die militärischen Ziele in der Mandchurei zu erweitern. Dabei prägt er folgende gefährliche Sätze: „Unsere ureigensten Interessen zwingen uns, aggressive Maßnahmen in der Nordmandchurei zu ergreifen, um unsere künftige Prosperität zu sichern. Solange jedoch Sowjetrußland mit seiner ostasiatischen Bahn sich dort breit macht, wird unsere neue Kontinental-Politik behindert sein. Die Folge davon ist für die nächste Zukunft unvermeidlich ein Konflikt mit Rußland. Es wird in diesem Fall eine Wiederholung des russisch-japanischen Krieges geben. Wie damals die südmandchurische Bahn die Hauptrolle gespielt hat, so wird es diesmal die nordchinesische Bahn sein, die in unsere Hände fallen wird. Wir werden Giron erobern, wie wir damals Dairen erobert hatten. Im Rahmen des Programms unseres nationalen Wachstums bildet ein neuer Krieg mit Rußland, zur Besitzergreifung der Nordmandchurei eine notwendige Maßnahme.“

Es muß anerkannt werden, daß die Ausführungen Tanakas einer verhängnisvollen „Logik“ nicht entbehren. Um so schlimmer für alle indirekt oder direkt Beteiligten. Und das ist ja unter heutigen Verhältnissen die ganze Welt. Die Kaiserdenkschrift Tanakas ist ein neuer Beweis dafür, wie kurzfristig es wäre, die Ereignisse in der Mandchurei ausschließlich vom Standpunkt der Politik des Augenblicks oder gar des Zufalls zu betrachten. Nichts wäre unverzeihlicher, als den mandchurischen Krieg aus den großen Zusammenhängen herauszulösen, wie dies der Völkerbundrat zu tun versuchte.

Auf dem toten Punkt.

Paris, 25. November. (P.M.) Die Arbeiten des Völkerbundes sind wiederum auf dem toten Punkt angelangt. Das Zwölfer-Komitee hielt gestern vormittag eine kurze geheime Sitzung ab. Es machte sich mit dem endgültig durch das Sekretariat bearbeiteten Text des Projekts der Entschließung bekannt, die seit zwei Tagen den Gegenstand von lebhaften Verhandlungen zwischen dem Völkerbundrat und den Delegierten Chinas und Japans bilden. Die Ratsmitglieder stellten fest, daß diese Verhandlungen zu dem erwünschten Ergebnis bis jetzt nicht geführt haben. Die Vertreter Chinas und Japans warten die Antworten aus Peking und Tokio ab, andererseits hat der Rat die Meldung erhalten, daß der neue chinesische Außenminister Wellington Koo die Absicht ausgedrückt hat, der chinesischen Delegation in Paris neue Instruktionen zu übersenden, die gewisse Vorschläge über die Möglichkeit eines Kompromisses enthalten. Der Rat hat daher die weiteren Beratungen auf heute vertagt.

Minister Briand empfing gestern die Ratsmitglieder und das höhere Personal des Sekretariats des Völkerbundes zu einem Frühstück.

China und Japan verharren auf ihrem Standpunkt.

Paris, 25. November. (P.M.) In der mandchurischen Frage besteht die chinesische Regierung auf ihrem bisherigen Standpunkt. Es gilt als wahrscheinlich, daß sich Briand heute mit Dr. Sche in Verbindung setzen wird, um ihn zu größeren Zugeständnissen zu bewegen. Die Chinesen betonen ihre Antipathie zu den Formeln, deren Unklarheit an die Verpflichtungen vom 30. September d. J. erinnern würde, die von China als undurchführbar angesehen werden. Japan aber lehnt alles ab, was in dem Plan der Entschließung Zugeständnisse des Völkerbundes zugunsten Chinas bedeuten könnte.

Das chinesische Gegenprojekt.

Paris, 25. November. (Eigene Drahtmeldung.) Dr. Sche hat gestern das chinesische Gegenprojekt auf die von dem Völkerbund ausgearbeitete Entschließung erhalten. Das Gegenprojekt fordert vor allem die unverzügliche Räumung.

Befegung der Mandchurei durch europäische Truppen?

Paris, 25. November. Die chinesische Delegation beim Völkerbund hat den Vorschlag gemacht, daß nach der Mandchurei europäische Truppen entsandt werden sollen, die Leben und Habe der japanischen Staatsangehörigen sicherstellen würden. In diesem Falle könnten aus der Mandchurei sowohl die chinesischen als auch die japanischen Truppen zurückgezogen werden, da die Japaner bis jetzt bekauntlich als eines der Argumente für die Notwendigkeit, eine Armee in der Mandchurei zu unterhalten, die Frage der Sicherheit der japanischen Staatsangehörigen in den Vordergrund rücken. Die Chinesen erklären sich bereit, sämtliche mit der Entsendung dieser Truppen zusammenhängenden Kosten zu tragen, wobei sie betonen, daß es am einfachsten wäre, englische Truppen aus Hongkong, sowie französische aus Indochina nach der Mandchurei zu transportieren.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat der Vorschlag Chinas dort einen großen Eindruck gemacht. In politischen Kreisen ist man der Meinung, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre Truppen nach der Mandchurei nicht entsenden könnten, da sich der Kongreß dem widersetzen würde.

Neuer Vorstoß Japans.

Einer Meldung aus Moskau zufolge kündigt die Sowjetpresse an, daß Japan binnen kurzem seine Einflüsse auf Chharbin ausdehnen wird. Der Stab der japanischen Truppen soll bereits bekannt gegeben haben, daß er die Verantwortung für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung in Chharbin übernimmt.

Neue Schlacht im Gange?

Mukden, 25. November. (P.M.) Gestern in den frühen Morgenstunden haben auf dem Abschnitt zwischen Tschiliho und Sushimuta neue Kämpfe zwischen chinesischen und japanischen Truppen begonnen. Die Schlacht dauert an.

London, 25. November. (Eigene Drahtmeldung.) Etwa 25 Meilen südwestlich von Mukden ist zwischen Japanern und Chinesen eine größere Kampfhandlung im Gange.

Der japanische Eroberungszug ist doch kein Kinderspiel.

Die „United Press“ aus Mukden meldet, wurde das japanische Hauptquartier durch Kämpfe in einer Reihe von Ortschaften alarmiert, die durch geheimnisvolle chinesische Abteilungen ausgeföhrt werden. Es wird angenommen, daß es sich um eine chinesische Nationalarmee handelt, die fest entschlossen ist, die japanische Armee durch andauernde Partisanenkämpfe zu beunruhigen. Am Montag überfielen an mehreren Orten chinesische Partisanenabteilungen japanische Patrouillen und versuchten, die Verkehrslinien zu durchschneiden. Eine große Abteilung in einer Stärke von über 5000 Mann begann sogar einen offenen Kampf 15 Kilometer östlich von Mukden und warf in der Nähe der Ortschaft Tschantse die japanischen Patrouillen in der Richtung auf Mukden zurück. Man ist über das Schicksal der Stadt beunruhigt. Das japanische Hauptquartier hat bedeutende Kräfte dorthin zu Hilfe geschickt.

Ernst ist auch die Lage im Südosten von Mukden. In einer Entfernung von etwa 30 Kilometern von der Stadt finden dort irreguläre, aber sehr heftige Kämpfe um den Besitz der Eisenbahnlinien statt. In einer Entfernung von sechs Kilometern von Tschiliao auf der Linie Peking-Mukden eröffnete ein japanischer Panzerzug einen Angriff auf die Eisenbahnlinie, die vorübergehend unterbrochen wurde. Auch dorthin wurden in aller Eile stärkere Abteilungen entsandt, ferner Flugzeuge, die feststellen sollen, ob es sich nur um einen Angriff von Partisanen handelt, oder ob die Chinesen an einem der so zahlreichen Angriffspunkte eine große Offensive vorbereiten. Das japanische Hauptquartier ist sehr beunruhigt über die Rührigkeit der nationalen Rettungsarmee, da in einem so riesigen Lande wie die Mandchurei der Kampf mit fliegenden irregulären Abteilungen die Befehlshaber einer riesigen Armee erfordern würde.

Neue mongolisch-russische Militärkonvention.

Moskau, 25. November. Der Regierungschef der Mongolischen Republik hat nach dreitägigem Aufenthalt in Moskau die sowjetrussische Hauptstadt verlassen und ist nach der Mongolei zurückgekehrt. Das Ergebnis dieses Besuchs des mongolischen Würdenträgers war die Unterzeichnung einer neuen Militärkonvention zwischen der Mongolei und den Sowjets. Die Bestimmungen der bisherigen, im Jahre 1926 abgeschlossenen Konvention wurden bedeutend erweitert, und zwar in der Richtung der Stärkung der russischen militärischen Einflüsse in der Mongolei. Das neue Abkommen sieht die Entsendung einer zahlreichen Gruppe von sowjetrussischen Offizieren nach der Mongolei vor. Die Armee der Mongolei soll im Falle eines Kriegsausbruchs zwischen den Sowjets und einem dritten Staat im Fernen Osten der sowjetrussischen Armee einverleibt werden. Zusammen mit dem Chef der mongolischen Regierung ist ein höherer Offizier des sowjetrussischen Generalstabes nach Urga abgereist.

Neue Sowjetexperimente.

Moskau, 26. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die sowjetamilitäre Telegraphen-Agentur mitteilt, hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, daß beginnend mit dem 1. Dezember probeweise die sechs-Tage-Woche in solchen Unternehmungen und bei den Behörden eingeführt werden soll, die nicht unmittelbar mit den ununterbrochen arbeitenden Unternehmen verbunden sind. Die Entscheidung liegt jeweils bei den Vollzugsorganen der Bezirke.

Für den Übergang sind bestimmte Ausgangstage nach den Verordnungen festgesetzt und zwar jeweils der 6., 12., 18., 24. und 30. Tag des Monats. Der 6. Tag der Woche wird in diesen Unternehmungen generell als Ruhetag gefestigt.

Zu gleicher Zeit wird die tägliche Arbeitszeit von 8½ auf 6 Stunden herabgesetzt.

Radiobesitzer

finden das wöchentliche Rundfunkprogramm in den Zeitchriften zu haben bei: E. Bernide, Buchh. Fabiolica, Dworcowa 3. (B45) „Der Empfang“ (Nr. 70 Gr.). „Europakunde“, „Rundfunk“ u. a.

Wertvolle und trotzdem billige Geschenke sind die

Heimatbücher der Deutschen in Polen

Verlag: A. DITTMANN, Bromberg
Zu haben in allen Buchhandlungen. 10683

Gänsefedern, 1071

reinweiß ungechliffen, beste . . . 5 kg 60 zl
reinweiß, geschliffen, beste . . . 5 kg 85 zl
weiß u. grau, gemischt, ungechliffen 5 kg 45 zl
weiß u. grau, gemischt, geschliffen 5 kg 75 zl
Daunen, reinweiß, beste . . . 5 kg 140 zl
Alles brutto p. Polnischnahme. J. Winofur.

Larnopol (Malopolska), Larnowskiego 14.

Clubgarnituren, Chaiselongues

sowie sämtliche Polsterarbeiten in Polsterung werden zu herabgesetzten Preisen neu angefertigt und aufgearbeitet. Dekorationen fertige ich in jeder gewünschten Situationsart an.

Tapeziermeister und Dekorateur 4672
Aug. Witt, Bydgoszcz, Gamma 5.

Leder

Blankleder, Sohlleder

sowie sämtliche Sattler- und Tapezierer-Bedarfs-Artikel zu billigsten Preisen.

Handel Skór dawn. G. Draugelattes.

Bydgoszcz, ul. Niedzwiedzia 7. 5509

Heirat

Alter., alleinstehend, eogl. Witwer, mit g. Grundstück, ca. 40 Morgen groß, lichte, gesunde, Damenbekanntschaft

zwecks baldiger Heirat.

Ältere Landwirtschöchter, auch Witwen, woll. Offert. u. N. 10683 a. d. Gchft. d. 3ta. einreich.

Landwirtschöchter

eogl., Mitte 30, 4000 Z. Vermögen, u. Ausst., sehr wirksam, u. v. aut. Char., wünscht, da sehr einmütig lebend, mit ein. streb., soliden Herrn in Briefwechsel, z. treu. w. Heirat. Witw. anen. Off. u. C. 4670 a. d. Gchft. d. 3. erb.

Gutsverpachtung.

Anrathenshalber des Besitzers von gleich zu verpachten ein erstklassiges

Ertragsgut

von 1200 Morgen fleischfähigem Boden, woviat Morik gelegen. Lage des Gutes zwischen Joppot, Danzig und Gdynia. Produkte werden vom Gutshofe abgeholt. Großes erstklassiges Inventar vorhanden. Der Betrieb ist mit elektrischen Licht- und Kraftanlagen versehen. Pachtzins und -Dauer ist günstig. Zur Uebernahme sind 150.000 Zloty erforderlich. Reflektanten laden bei vorheriger Anmeldung zur Besichtigung ein. 10762

Oscar Ziehle, Joppot

Ellenhardtstraße 37.

Gut zu pachten/Gutgeh. Fleisherei

200-300 Mo., Bebi-gut, außer Boden und i. Bydg. m. Wohn- und Nebenzimmern, günstig zu anteilg. Off. u. N. 256. Verpacht. Off. u. C. 4613. Torun, erbeten. 10773 a. d. Gchft. d. 3. erb.

San-arbeiten 4626

jeder Art sowie Aufzeichnungen u. schnell, sauber u. billig angefertigt. E. Gorczak, Hetmańska 28a, jetzt 7 p.

Sicherheitskassier und Brauerei hat stets vorrätig. F. Schwirz, 4500 Bob. blantami 26/9.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Landwirtschaft Polens über die Handelspolitik und das Steuerwesen.

Die Kreise, die in der Besserung der Getreidepreisgestaltung eine gleichzeitige Besserung der Gesamtlage der Landwirtschaft Polens in Aussicht stellen, werden auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit gleichfalls die Überzeugung gewonnen haben, daß der Schwerpunkt der Krise mit einer Erhöhung der Getreidepreise keineswegs verschoben worden ist. Mit der Preis-erhöhung für die hauptsächlichsten Getreidearten war ein Preis-erhöhung für landwirtschaftliche Zugprodukte und andere Artikel verbunden, die die Schwierigkeiten der Landwirtschaft noch zu vergrößern drohen. Angesichts dieser Sachlage, und um gleichzeitig allen Ansprüchen vorzubeugen, als ob die Preis-erhöhung für Getreide auch eine teilweise Erleichterung der Landwirtschaft Polens gebracht habe, nimmt der Oberste Rat der Landwirtschaftsverbände Polens in einer letzten verfaßten Resolution zur Frage der Handelspolitik und des Steuerwesens Stellung.

Die Handelspolitik Polens.

Der Oberste Rat der landwirtschaftlichen Verbände stellt fest, daß alle Mittel der Handelspolitik keineswegs angewandt worden seien, daß gleichfalls die Produktionsmöglichkeiten Polens im Bereiche derjenigen Artikel, die günstige Absatzmöglichkeiten fanden, ebensowenig ausgenutzt worden sei. Das Plenum der landwirtschaftlichen Organisationen stelle demzufolge fest, daß energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise im Bereiche der Zucker-erzeugnisse, der Ölsämen, der Kartoffeln usw. anzunehmen seien. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß eine Verbesserung des Anbauverhältnisses der noch rentablen Landwirtschaftsprodukte unbedingt notwendig sei. Zum Schluß dieser Erwägungen werden folgende Forderungen gestellt:

1. Im Bereiche der Kartoffelverwertung: a) eine mögliche Erweiterung der Spiritusverwertung für technische Zwecke, besonders als Beimischung zu Antriebszwecken; b) Organisierung der Produktion und des Exportes von Saatkartoffeln nach Frankreich, Belgien und anderen Staaten.
2. Im Bereiche der Ölsämen: Herstellung von Absatzbedingungen für Raps-, Nis-, Leinen-, Hanf- und anderen Samen des Inlandes, um sie zur Weiterverarbeitung der einheimischen Industrie zugänglich zu machen; ferner Erhöhung der einzelnen Zölle für diese Artikel bis zu 20 Hektar pro 100 kg., Erhöhung oder Einführung von Zöllen für erotische Ölsämen.
3. Die einheimischen Brauereien dahingehend zu veranlassen, ausschließlich Hopfen inländischer Herkunft zu verwenden, ferner Ausfuhrkontingente dieses Artikels nach Frankreich, Belgien und anderen Staaten zu schaffen.
4. Erweiterung der einheimischen Tabakproduktion.
5. Den einheimischen Viehverwertungsorganisationen Absatzmöglichkeiten in der Schweißschokolade, Frankreich, Belgien und der Schweiz durch entsprechende Handelsverträge zu schaffen, die Qualität dieses Exportartikels, besonders die der Bacon, zu heben, das System der Zollrück-erstattung bei der Bacon- und Fleischausfuhr aufrecht zu erhalten.
6. Einführung einer kassenweisen Export-Standardisierung für Butter, um möglichst günstige Absatzmöglichkeiten im Auslande zu schaffen.
7. Die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes für Getreide aus einheimischen Rohstoffen zu erweitern und zu diesem Zwecke Zölle für Leinen, Hanf und Zute einzuführen. Organisierung eines Kreditinstituts zur Gründung einheimischer Leinwandfabriken, die Staats- und Selbstverwaltungsbereichen anzuschließen, ferner Getreide aus Baumwolle und Zute Leinwand zu kaufen. Zuletzt wird die Forderung aufgestellt, einen Beimischungszwang von einheimischer Wolle bei der Herstellung von amtlichen Aufträgen einzuführen.

Steuerfragen.

Bei der Erörterung dieses Problems stellt der Oberste Rat der landwirtschaftlichen Verbände Polens die Forderung auf, eine möglichst schnelle Reform des Steuersystems in Polen durchzuführen. Als besonders eifrig erachtet der Rat die Notwendigkeit einer Novellierung der Gesetzesbestimmungen über die staatliche Grundsteuer und einiger kommunaler Steuerzuschläge, eine gerechte Verteilung der Lasten auf die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Betriebe und eine Unterordnung der selbständigen Kommunalabgaben, die sich auf die staatliche Grundsteuer stützen. Zu der Frage der Einkommensteuer übergehend, wird besonders die Notwendigkeit betont, die bisherigen Einkommensteuern in der Landwirtschaft bei der Berechnung der Einkommensteuer durch solche Normen zu ersetzen, die aus der Normalisierung der Bruttoeinnahmen und der Normalisierung der Wirtschaftskosten hervorgehen.

In der Frage der sozialen und Arbeits-Verhältnisse wird die Forderung aufgestellt, in möglichst kurzer Zeit Bestimmungen herauszugeben, welche die unhaltbaren hohen sozialen Lasten herabsetzen. Zu diesem Zwecke sei es erforderlich, möglichst schnell die Bestimmungen über die pflichtmäßige Krankenversicherung zu novellieren, und ebenso die Bestimmungen abzuändern, welche die Kosten für die Zwangseinstellung der rüstfähigen Beiträge regeln.

Neue Zölle für Schmalz und Speck.

o. In Nummer 100 des „Dziennik Ustaw“ vom 19. d. M. wurde eine Verordnung der Minister für Finanzen, Handel und Landwirtschaft vom 4. d. M. über teilweise Änderung des Zolltarifes veröffentlicht. Im Sinne dieser Verordnung werden für je 100 kg. Speck und Schmalz folgende Einfuhrzölle festgelegt: a) frischer gesalzener Speck 160 Hektar, b) Schmalz 200 Hektar, c) geräucherter und Paprika-gebackter 240 Hektar. Bei sämtlichen drei Warenarten kann jedoch mit jedesmaliger besonderer Genehmigung des Finanzministers ein ermäßigter Zoll Anwendung finden, und zwar für frischen gesalzene Speck 80 Hektar, Schmalz 100 Hektar und geräucherter oder Paprika-gebackter 120 Hektar. Margarine und künstliche Speisefette unterliegen einem Einfuhrzoll in Höhe von 200 Hektar für 100 kg., der durch jedesmalige besondere Genehmigung des Finanzministers auf 100 Hektar ermäßigt werden kann. Diese Verordnung ist bereits am Tage nach ihrer Veröffentlichung, das heißt am 20. d. M., in Kraft getreten.

Bessere Devisenlage der Reichsbank.

Berlin, 25. November. Der Ausweis der Reichsbank vom 24. November zeigt den Beginn einer Besserung ihres Gesamtkontos. Die energisch durchgeführte Schließung der Devisenmärkte, über die wir kürzlich ausführlich berichtet haben, machte sich in der zweiten Hälfte der Berichtsperiode, insbesondere in den letzten Tagen, stärker bemerkbar, so daß dem Goldverlust ein Zugang an bedeckungsfähigen Devisen von rund 15,75 Millionen RM. gegenübersteht. Diese Entwicklung ist ausschließlich durch eine Erhöhung der Deviseneingänge eingetreten, während die Devisenausgabe sich auf der alten Höhe bewegte.

Nicht minder bedeutungsvoll für das Gesamtbild ist die Entlastung auf dem Wechselkonto, das einen Rückgang um mehr als 126 Mill. RM. ausweist, wodurch sich der beachtliche Rückgang des Notenumlaufes um 176 Mill. RM. im wesentlichen erklärt. Von den Reichsschatzwechseln sind 20.000 RM. zur Reichsbank zurückgekauft, so daß nunmehr insgesamt 30.000 RM. in ihren Händen sind, ein noch immer außerordentlich geringer Betrag.

Da überdies 4,9 Mill. RM. Rentenbankcheine zurückgekauft und in der Berichtswöch 0,1 Mill. RM. Rentenbankcheine getilgt worden sind, haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankcheinen auf 18,7 Mill. RM. erhöht. Die fremden Gelder zeigen eine Zunahme um 17,6 auf 424,4 Mill. RM., weisen also ebenfalls eine beachtliche Besserung auf.

Mit 107,5 Mill. bedeckungsfähigen Devisen und 1008,6 Mill. Gold beträgt die Deckung der umlaufenden Noten von 4,28 Milliarden 27,5 gegen 26,7 Prozent in der Vorwoche.

Die Arbeiten an der Neuauflage des polnischen Warenzertifikates.

Die Arbeiten an der Neuauflage des polnischen Warenzertifikates sind im vollen Gange. Ihr Abschluß und die Veröffentlichung des Textes ist für März des kommenden Jahres zu erwarten. Die Zertifikate werden in einem Sonderheft veröffentlicht, das die Inlands- und Exporttarife sowohl für Rohle wie für Rots erfasst.

o Liquidation der Bank de Silésie. Am 16. d. M. fand unter dem Vorsitz des Direktors der polnischen staatlichen Landesbank eine außerordentliche Generalversammlung der Bank de Silésie in Katowitz statt, in welcher der Liquidationsplan und die Liquidationsbilanz genehmigt wurden.

Europäisch-amerikanischer Aluminiumfrieden.

Seit dem Weltkrieg nahm die europäische Aluminiumindustrie einen raschen Aufstieg. Begünstigt wurde diese aufsteigende Tendenz der Rohaluminiumverzeugung durch die Abschirmung von dem internationalen Handelsverkehr, insbesondere der Zufuhren von amerikanischem Kupfer im Krieg. Die Abhängigkeit der europäischen Produzenten von Amerika in dem Bezug von Kupfer nach dem Krieg zwang die europäischen Verbraucher, sich in wachsendem Maße dem Aluminium als Ersatz für Kupfer zuzuwenden. So erfuhr die Rohaluminiumindustrie auf dem europäischen Festlande durch die anhaltende Kupferknappheit eine große Förderung, die noch durch technische Vervollkommenung und Anwendung neuer Verfahren (Haglundverfahren) wesentlich verstärkt wurde. Die in fast allen europäischen Staaten vorhandene Rohstoffbasis ermöglichte es, überall die Industrie ins Leben zu rufen und das umso mehr, als die wachsende Produktion reichen Absatz in den überseeischen Ländern fand, insbesondere auch in den Vereinigten Staaten.

Die günstige Konjunktur der ersten Nachkriegszeit schlug jedoch in der Folgezeit, insbesondere seit 1928/1929 um, und es machten sich alsbald in wachsendem Maße krisenhafte Symptome bemerkbar. Die rasch ansteigende Erzeugung vermochte nicht, sich dem sinkenden Verbrauch anzupassen. In der Zeitperiode von 1928 bis 1929 wuchs die Weltproduktion von 256 473 T. auf 281 615 T. So kam es zu einer Verschärfung des Mißverhältnisses zwischen dem Angebot und der Nachfrage und zu raschen Preisrückgängen auf dem internationalen Märkten. Allerdings ergab sich in der Zeit von 1929 zu 1930 angesichts der absteigenden Konjunktur dann doch eine künstliche Drohung der Aluminiumherstellung, um das Angebotsvolumen auf dem Weltmarkt einzusparen. Die Herstellung von Aluminium sank von 281 615 T. auf 273 490 T. zurück. Der Produktionsrückgang war im letzten Jahr in Europa, das mit 134 700 T. etwas weniger als die Hälfte der Weltgewinnung herstellte, annähernd ebenso groß wie in Amerika. Die größte Minderung der Produktion weist Kanada auf, nämlich von 42 000 T. auf 34 900 T., und Norwegen von 29 142 T. auf 20 500 T., während alle übrigen Staaten, insbesondere die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Großbritannien, Italien, Österreich eine nicht unwesentliche Aufholung ihrer Produktionsziffern zu verzeichnen hatten. Die „Aluminium Company of America“ und der „Mellon-Trakt“ in den Vereinigten Staaten konnten unter dem hohen Schutzoll weiter ausgebaut werden.

Die Diskrepanz zwischen Produktion und Verbrauch hatte eine bedeutende Vermehrung der Vorräte zur Folge, die auf die Preise drückten. In der jüngsten Zeit wurden die auf dem Weltmarkt laudenden Vorräte auf etwa 150 000 T., d. h. auf mehr als die Hälfte der Weltproduktion des Jahres 1930 geschätzt. Von diesen Beständen dürften auf Deutschland 17 000 T., auf England 15 000 T., auf die Schweiz 13 000 T., auf Norwegen 6 000 T. und der Rest vor allem auf Amerika entfallen.

Der Niedergang der Konjunktur machte sich in Europa vor allem durch die wachsende Konkurrenz Amerikas unliebsam bemerkbar. Der Mellon-Trakt, dessen Partner die Aluminiumfirmen der Vereinigten Staaten und Kanadas kontrollieren und durch den Ausbau der kanadischen Werke und die Anlagen am Saguenay-Fluß eine Steigerung der amerikanischen Produktionskapazität um 250 000 T. erwarten, versuchte nicht nur, die europäischen Zufuhren zu verhindern, sondern auch Europa als

Abatzmarkt zu gewinnen. Es gelang insbesondere der kanadischen Gesellschaft, überall in Europa festen Fuß zu fassen. Die „Aluminium Ltd. Toronto“ kontrolliert 33 Gesellschaften außerhalb der Vereinigten Staaten, darunter Hütten in Kanada, Norwegen und Italien, Bearbeitungsanlagen in Kanada, England, Deutschland und der Schweiz.

Außer der allgemeinen Krise, der Disharmonie zwischen dem Produktions- und Verbrauchsvolumen und der steigenden Expansion der amerikanischen Rohaluminiumindustrie stehen der anhaltende Preisverfall des Kupfers und das Aufkommen billiger Aluminiumerzeugnisse (nicht rosender Stahl) der Wiederherstellung der Rentabilität und einer Preisstabilisierung im Wege. Durch die Aufzählung hoher Schutzollmauern und die Gründung eines europäischen Kartells im Jahre 1926 veränderten die europäischen Aluminiumproduzenten zunächst den amerikanischen Wettbewerb abzuwehren und gesündere Verhältnisse auf dem europäischen Markt herbeizuführen.

Die Schwäche des europäischen Aluminiumkartells, zu dem die Produzenten Deutschlands, Frankreichs, der Schweiz und Englands gehörten, soll durch die in den letzten Wochen erfolgte europäisch-amerikanische Verständigung, die in der Gründung eines neuen internationalen Syndikats „Alliance Aluminium Co.“ A.G. in Basel zum Ausdruck kommt, beseitigt werden. Der Zweck des kommenden Kartells ist die Förderung des Aluminiumabzuges und eine Verständigung hinsichtlich der Produktion. Eine der Hauptaufgaben des Kartells ist also die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage. Der wesentliche Fortschritt besteht aber darin, daß die neue Gesellschaft auch ausgedehnt auf die Vorratshaltung wirken will, indem künftig die Finanzierung der großen Vorräte der Erzeuger weitgehend zum Teil gemeinschaftlich vorgenommen werden soll. Zu diesem Zweck sollen die der Gesellschaft durch Einzahlung ihres Aktienkapitals in Höhe von zunächst 35 Millionen Schweizer Franken, die im Bedarfsfälle auf 65 Millionen erhöht werden können, zur Verfügung stehenden Mittel in erster Linie verwandt werden. Zugleich sollen diese Mittel auch zur Absatzfinanzierung dienen.

Einen besonderen Vorzug weist das neue Kartell insofern auf, als es keine nennenswerten Außenleiter hat. Der vielfach in der Tagespresse erfolgte Hinweis, daß die Vereinigten Staaten und Italien außerhalb des Syndikats stehen, ist nicht so zu verstehen, als ob es sich bei diesen Staaten um eigentliche Außenleiter handelte. Die amerikanische Antitrustgesetzgebung steht dem offiziellen Beitritt der Aluminiumindustrie der Vereinigten Staaten im Wege, doch ist die Identität der geistlichen und finanziellen Beziehungen des Mellon-Trakts und der Gesellschaft in Kanada so groß, und die Interessengruppierung Kanadas mit Deutschland und Italien so eng, daß man praktisch von einem Weltkartell für Rohaluminium sprechen kann.

Die Schwäche des neuen Kartells liegt darin, daß es nicht gelungen ist, auch die verarbeitende Aluminiumindustrie heranzuziehen. Das ist umso beklagenswerter, als der Mellon-Trakt sich auch auf die verarbeitende Industrie erstreckt, und in den letzten Jahren nicht nur Rohaluminium, sondern auch Halb- und Fertigfabrikate in steigendem Maße auf den europäischen Märkten absetzte. Der Mellon-Trakt, dem die Rentabilität und Preisstabilisierung für Rohaluminium gesichert ist, kann sich also unbehindert auf dem Gebiete der Weiterverarbeitung entwickeln.

Verständigung Philips — Telefunken.

Seit Wochen wurden zwischen den beiden bedeutendsten europäischen Radiounternehmungen, der Philips N. V. und der Telefunken-Gesellschaft Verhandlungen geführt, die eine Verständigung in bezug auf die Rationalisierung der Herstellung und des Verkaufes erzielten. Diese Verhandlungen haben ansehnlich zu einem positiven Ergebnis geführt, denn nunmehr veröffentlichten beide Gesellschaften folgendes offizielle Communiqué:

„Zwischen den beiden größten europäischen Gesellschaften auf dem Radiobereich, Telefunken Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H., Berlin, und N. V. Philips' Gloeilampenfabrieken, Eindhoven, sind Vereinbarungen getroffen worden, die eine enge Zusammenarbeit, besonders in bezug auf technische Entwicklung, anstreben. Zu diesem Zweck sind Abmachungen über die Benutzung der Patentrechte beider Firmen getroffen worden. Ferner soll in gemeinschaftlicher Arbeit die Rationalisierung der Herstellung und des Betriebes durch Verringerung der Invenzahl, Auswechselfähigkeit und Ähnliches angestrebt werden. Anfolge dieser Vereinbarungen sind die zwischen den Firmen stehenden Projektschwierigkeiten beseitigt worden. Die Verhandlungen beziehen sich nicht allein auf die Heimatländer der beiden

Firmen, sondern umfassen praktisch die ganze Welt. Sie haben in erster Linie die Bedienung des Rundfunks und der Radiointerie durch Vermehrung der Anwendungen im Auge. Es sind Vorkehrungen getroffen, daß sich auch andere Firmen den Abmachungen anschließen können, um ihrerseits zur Erreichung des gemeinsamen Zieles beizutragen.“

Neuregelung des Warentransportes nach Gdingen

o. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, beabsichtigt das Verkehrsministerium in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Exportinstitut die Einführung fester Termine für die Annahme von Waren einzuführen, die für den Transport auf den Eisenbahnen nach Gdingen zur späteren Verladung auf Schiffe bestimmt Seelinen bestimmt sind. Der Erlaß einer entsprechenden Verordnung hat sich aus dem Grunde als notwendig erwiesen, da die bisherige unregelmäßige Aufnahme von Exportsendungen oft Verzögerungen verursacht hat, wenn die Transporte schon nach Abgang des Schiffes in Gdingen ankamen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 25. November auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 7½%, der Lombardzins 8½%.

Der Zloty am 25. November. Danzig: Ueberweisung 57,50 bis 57,62, bar 57,52-57,63, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 47,25-47,45, Wien: Ueberweisung 79,41-79,89, Prag: Ueberweisung 37,75, Zürich: Ueberweisung 57,80, London: Ueberweisung 33,00.

Waren- und Frachtkurs vom 25. Novbr. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,16, 124,47 — 123,85, Belgrad —, Brüssel —, Bulgarelei —, Danzig —, Helsinki —, Spanien —, Holland 358,85, 359,75 — 357,95, Konstantinopel —, Japan —, Kopenhagen —, London 32,85, 32,93 — 32,77, New York 8,92, 8,94 — 8,90, Oslo —, Paris 34,95, 35,04 — 34,86, Praha 26,43, 26,49 — 26,37, Riga —, Stockholm —, Schweiz 173,19, 173,62 — 172,76, Tallin —, Wien —, Italien —.

Berliner Devisenkurse.

Dista. Discont. Age	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 25. November (Weid)	Brief	In Reichsmark 24. November (Weid)	Brief
4,5 %	1 Amerika	4 209	4 217	4 209	4 217
6 %	1 England	15,44	15,48	15,36	15,34
3 %	100 Holland	168,98	169,32	168,90	169,62
7 %	1 Argentinien	1 063	1 067	1 056	1 062
6 %	100 Norwegen	61,82	61,98	61,42	61,58
6 %	100 Dänemark	61,92	62,03	61,42	61,58
6,5 %	100 Island	69,43	69,57	68,93	69,07
6 %	100 Schweden	82,42	82,58	81,92	82,08
2,5 %	100 Belgien	58,49	58,61	58,49	58,61
7 %	100 Italien	21,68	21,72	21,68	21,72
2,5 %	100 Frankreich	16,47	16,51	16,47	16,51
2 %	100 Schweiz	81,57	81,73	81,52	81,68
6,5 %	10 Spanien	35,63	35,74	35,61	35,69
—	1 Brasilien	0,254	0,253	0,254	0,256
6,57 %	1 Japan	2,068	2,072	2,068	2,072
—	1 Kanada	3,676	3,684	3,636	3,644
—	1 Uruguay	1,798	1,802	1,798	1,802
6,5 %	100 Tschechoslowakei	12,468	12,488	12,461	12,486
8 %	100 Finnland	7,99	8,01	7,91	8,23
7 %	100 Estland	112,79	113,01	112,79	113,01
6 %	100 Lettland	81,22	81,38	81,22	81,38
7 %	100 Portugal	14,09	14,11	13,89	13,91
3,5 %	100 Bulgarien	3,057	3,063	3,057	3,063
1,5 %	100 Jugoslawien	7,433	7,447	7,443	7,457
8 %	100 Österreich	58,94	59,06	58,94	59,06
8 %	100 Ungarn	73,28	73,42	73,28	73,42
9 %	100 Dänzig	81,97	82,13	81,97	82,13
—	1 Türkei	—	—	—	—
12 %	100 Griechenland	5,195	5,205	5,195	5,205
—	1 Rumänien	15,81	15,85	15,81	15,72
3 %	100 Rumänien	2,517	2,523	2,517	2,523
—	1 Warschau	47,25	47,45	47,25	47,45

Züricher Börse vom 25. November. (Amtlich.) Warschau 57,80, Paris 20,18½, London 19,02½, New York 8,15½, Belgien 124,16, Italien 26,52½, Spanien 43,60, Amsterdam 207,00, Berlin 122,35, Wien —, Stockholm 100,00, Oslo 1,00, Kopenhagen 100,00, Sofia 3,73, Prag 15,28, Budapest 90,2½, Belgrad 9,15, Athen 6,50, Konstantinopel 2,53, Bulgarelei 3,05, Selsingfors 9,85, Buenos Aires 1,33, Japan 2,55.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,88 Zl., do. H. Scheine 8,87 Zl., 1 Pf. Sterling 32,54 Zl., 100 Schweizer Franken 172,51 Zl., 100 trans. Franken 34,81 Zl., 100 deutsche Mark 209,70 Zl., 100 Tanager Gulden 172,92 Zl., holländ. Krone 26,26 Zl., österr. Schilling —, — Zl.

Altkienmarkt.

Bojener Börse vom 25. November. Fest verändliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 41,00 G., 5proz. Dollarbriefe der Bojener Landschaft (1 D.) 77,00 G., 4proz. Konvertierungsanleihe der Pol. Landschaft (100 Zloty) 90,00 G., Notierungen in Zloty: 5proz. Kopen-Br. der Bojener Landschaft (1 D.-Pentner) 14,50 G., 4proz. Prämien-Zweckanleihe (100 G.-Zloty) 78,00 G.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bojener Getreidebörse vom 25. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Boien.

Transaktionspreise:

Roggen 75 to 27,25

Richtpreise:

Weizen	25,75-26,25	Commerwilde	—
Roggen	26,75-27,25	Blaue Lupinen	—
Gerste 64-66 kg	22,50-23,50	Gelbe Lupinen	—
Gerste 68 kg	24,00-25,00	Erbsenkartoffeln	3,80-4,00
Brauerste	27,50-29,00	Kartoffelkartoffeln pro	20,00
Safer	25,50-26,00	Kilo %	39,00-43,00
Roggenmehl (65%)	39,75-40,75	Cent	3,50-3,75
Weizenmehl (65%)	38,25-40,25	Roggenmehl, loie	5,00-6,00
Weizenkleie	16,50-17,50	Roggenmehl, gepr.	6,00-6,50
Weizenkleie (grob)	17,50-18,50	Cent loie	9,00-9,50
Roggenkleie	18,00-18,50	Cent geröstet	7,80-8,30
Raps	33,00-34,00	Reinlinsen 86-88%	30,00-32,00
Reinlinsen	—	Reinlinsen 86-88%	22,00-28,00
Reinlinsen	25,00-29,00	Sonnenblumen	—
Reinlinsen	3,00-34,00	Reinlinsen 46-48%	23,00-24,00

Gesamtendenz: rubia. Transaktionen in anderen Bestimmungen: Roggen 45 to. Kartoffeln in besonderen Sorten über Notiz

Daniger Getreidebörse vom 25. November. (Nichtamtlich.) Weizen 128 Bld., weis 15,75-15,90, Weizen 128 Bld., rot und bunt 15,00-15,30, Roggen 16,07, Brauerste 15,00-17,25, Futtergerste 14,00, Safer 14,00-14,50, Roggenkleie 11,00, Weizenkleie 11,00 G. per 100 kg frei Danzig.

Roggen und Weizen leicht abgeschwächt. Gerste lustlos. Futtermittel unverändert.

November-Lieferung.

Weizenmehl, alt 26,00 G., 60%, Roggenmehl 25,00 G. per 100 kg. Berliner Produktenbericht vom 25. November. Getreide- und Mehlpreise für 1000 kg. ab Station in Goldmark: Weizen m. 75-76 kg. 222,00-225,00, Roggen m. 72-73 kg. 193,00-198,00, Brauerste 164,00-173,00, Futter- und Futtergerste 160,00-163,00, Safer m. 144,00-149,00, Wais —.

Für 100 kg.: Weizenmehl 28,00-32,00, Roggenmehl 27,00-29,35, Weizenkleie 10,00-10,50, Roggenkleie 10,50-11,00, Raps —, Futtererbsen 23,00-30,00, Kleine Erbsen 25,00-28,00, Futtererbsen 17,00-20,00, Reiblinsen 17,00-19,00, Ackerbohnen 16,50-18,00, Widen 17,00-20,00, Lupinen, blaue 11,00-12,50, Lupinen, gelbe 13,00-15,00, Reiblinsen 13,60-13,90, Trockenerbsen 6,10-6,20, Soja-Extraktionsöl 11,70-12,30.

Bei geringen Umsätzen blieb das Geschäft matt.

Viehmarkt.

Warschau, 25. November. Amtliche Notierungen der Fleischbörse für 100 kg. in Zloty. Lebendes Vieh: 1. Speckschwein 90-100, Fleischschwein über 110 kg. 75-85, Rindfleisch 1. Gattung 140-160, 2. Gattung —, Rindfleisch 1. Gattung 110-130, 2. Gattung 85-105, Kalbfleisch 1. Gattung 190-220, 2. Gattung 160-180, Rindfleisch 1. Gattung 150-190, 2. Gattung 120-140, Hammelfleisch (Zunhr) 120-140, Schweinefleisch 130-145, mager 115-125, Vieh blieb ohne Notiz. Schweine unverändert. Der Schweineauftrieb belief sich auf 1862 Stück. Tendenz fest.